Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefaufbewahrung 10 Goldpf.

Nr. 176 | Dresden, Mittwoch den 30. Juli 1924 | 35. Jahrg.

Die neue Kompromißformel

Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtb.)

Die neue Kompromißformel, die inzwischen von der französischen Delegation der ersten Kommission der Londoner Konferenz unterbreitet worden ist, sieht, wie offiziös mitgeteilt wird, vor, daß die Reparationskommission bei der Feststellung etwaiger deutscher Verfehlungen jedesmal, wenn darüber ein einstimmiger Beschluß nicht zustande kommen sollte, die Entscheidung eines aus drei Mitgliedern zusammengesetzten Komitees mit schiedsrichterlichen Vollmachten anrufen soll. Dieser Vorschlag, dessen Einzelheiten noch nicht festgelegt sind, dessen Prinzip sich jedoch völlig im Rahmen des Friedensvertrages halte, soll bereits die Zustimmung Ramsay Macdonalds gefunden haben. Dieser habe einen der englischen Sachverständigen beauftragt, sich mit seinem französischen Kollegen über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Textes zu verständigen. Die französische Delegation soll allerdings beabsichtigen, die endgültige Annahme des Vorschlages von Zugeständnissen in der Frage der Naturalleistungen abhängig zu machen, deren Lieferungen von der deutschen Regierung in einwandfreier Weise garantiert werden müsse.

•

London, 29. Juli. (Eigener Drahtb.)

Erst am Dienstag wird bekannt, daß die erste Kommission am Montag sich vor einen amerikanischen Vorschlag gestellt sah, der praktisch darauf hinauslief, nach dem Scheitern sämtlicher bisherigen Kompromißversuche eine Arbeitskommission einzusetzen, bis Deutschland, die Bankiers und die Reparationskommission ihrerseits zu einem Ergebnis über die aufgeworfenen Probleme kommen. Da dieser Vorschlag offenbar das Produkt der Verlegenheit ist, ergibt eine Umfrage, daß er abgelehnt werden wird, zumal die Franzosen eine neue Kompromißformel in Aussicht gestellt haben. Inzwischen gingen die formellen Besprechungen weiter. Außerdem fand eine Zusammenkunft der amerikanischen und britischen Bankiers mit den französischen statt. Gleichzeitig wurde von andrer Seite ein Kampf gegen die vorgeschlagene Anleihe aufgenommen. Nachdem seit einigen Tagen die Rothermere-Presse im angeblichen Interesse der britischen Wirtschaft gegen die Anleihe agitiert hat, ließ nunmehr der Reichsverband der britischen Fabrikanten im Unterhause eine Eingabe einreichen, die gegen die Anleihe protestiert. Die Bedeutung dieses Schrittes ist allerdings gering, da im Falle einer Einigung der Politiker der finanzielle Erfolg der Anleihe durch diese Aktion nicht gefährdet wird.

Der augenblickliche Zustand der Konferenz entlockt dem Manchester Guardian die Feststellung, es habe sich neben der Konferenz eine zweite Konferenz von Genua aufgetan. Auf die kürzeste Formel gebracht, sieht das Blatt das Wesentliche der Vorgänge darin, daß die Franzosen als Tauschobjekt für ihre Nachgiebigkeit in der militärischen Räumung des Ruhrgebiets von Großbritannien Erleichterungen in der Frage der interalliierten Schulden fordern. Es ist unwahrscheinlich, daß Macdonald sich auf eine Diskussion über eine zweite Konferenz einlassen wird, der die Schuldenfrage vorbehalten sein sollte, zumal in den Konferenzkreisen angenommen wird, daß Frankreich auch ohne Zugeständnisse in der Frage der militärischen Räumung Nachgiebigkeit zeigen wird. Mit Nachdruck wird festgestellt, daß sich die Konferenz selbst keineswegs mit der Frage der militärischen Räumung beschäftigen werde, daß dieses Problem vielmehr mit den Deutschen lediglich außerhalb des Konferenzrahmens erörtert werden würde.

Zollfragen im Reichswirtschaftsrat

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates haben inzwischen zu dem Ergebnis der Arbeitsausschüsse, denen die weitere Erörterung des Gesetzentwurfes über Zölle und Umsatzsteuer überwiesen worden war, Stellung genommen. Die Abteilung I (Arbeitgeber) hatte folgende Resolution vorgeschlagen:

Ia. Der Wirtschaftspolitische und der Finanzpolitische Ausschuß stimmen grundsätzlich in Bestätigung des früheren Beschlusses des Wirtschaftspolitischen Ausschusses die Absicht der Regierung einen einheitlichen Schutz der gesamten nationalen Arbeit wiederherzustellen.

Ib. Sie erachten es mit der Regierung für notwendig, daß zu diesem Zwecke, sowie zur Vorbereitung der künftigen Handelspolitik auch die Bekanntmachung, betreffend vorübergehende Einfuhrerleichterung, vom 4. August 1914 und die sich aus ihr herleitenden weiteren Bekanntmachungen und die Verordnungen aufgehoben werden.

Ic. Sie billigen die in Artikel 1 § 4 des Entwurfes vorgesehene Bestimmung unter Begrenzung der vorgesehenen Frist auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1924.

IIa. Die Ausschüsse empfehlen, den vorliegenden Gesetzentwurf in Einzelheiten zu verbessern.

IIb. In erster Linie erscheint es notwendig, die Umsatzsteuer anstatt auf 2 Prozent auf 1½ Prozent herabzusetzen. Die Ausschüsse ersuchen ferner die Regierung, baldmöglich mit dem Zwölferausschuß für die Umsatzsteuer über das Problem der Umsatzbesteuerung und ihre etwaige Umgestaltung unter Berücksichtigung der veränderten Wirtschaftslage zu beraten.

IIc. Die Ausschüsse halten es ferner für notwendig, an Stelle der in Artikel I § 2 und 3 des Entwurfes vorgesehenen „Ermächtigung" für die Regierung den Weg der sogenannten „vereinfachten Gesetzgebung" (Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages) zu setzen.

IId. Die Ausschüsse halten es auch für notwendig, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Agrarzölle gemäß Artikel III des Entwurfes unter Berücksichtigung der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reiches gewählt wird.

Ueber die Entschließung, die angenommen worden ist, wurde abschnittsweise abgestimmt. Die grundsätzliche Erklärung für einheitlichen Schutz fand mit 24 gegen 22 Stimmen Annahme. Beachtet werden muß der Abschnitt IId, der sich gegen die sofortige Wiedereinführung der Zölle ausspricht, und die Behandlung der Frage der Ermächtigung zu Zollveränderungen, der gegenüber die sozialdemokratischen Vertreter die Notwendigkeit voller parlamentarischer Mitwirkung betonten.

Die Arbeitnehmergruppe (Abteilung 2) hatte einen Antrag eingebracht, der folgendes empfahl:

1. Von der Einführung von Agrarzöllen ist zur Zeit Abstand zu nehmen.
2. Die Ausfuhr für die landwirtschaftlichen Produkte soll nicht mehr von Fall zu Fall, sondern überhaupt bis auf weiteres freigegeben werden.
3. Es sind von der Regierung alle Bestrebungen zu unterstützen, die das Ziel haben, den Zwischenhandel, der erheblich die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Produkte beeinflußt, möglichst auszuschalten durch Unterstützung der genossenschaftlichen Produzenten- und Verbraucherverbände.
4. Bei der Gewährung von Krediten zu einem niedrigen Zinssatz an die landwirtschaftlichen Betriebe ist darauf zu achten, daß die Kredite nur in Betriebe gegeben werden, die produktiv wirtschaften, und ferner müssen die Kredite gerecht verteilt werden. Daher muß sich die Regierung einen weitgehenden Einfluß auf die Kreditverteilung sichern. Soweit es sich um Handelsunternehmungen handelt, sollen Kredite nicht an die Einzelunternehmungen gegeben werden, sondern nur an Gesellschaften bzw. Verbände, welche die Gewähr bieten, daß die Verteuerung beim Zwischenhandel auf das naturnotwendige Maß beschränkt bleibt.

Ziffern 1 und 2 der Entschließung wurden abgelehnt, Ziffern 3 und 4 angenommen.

Der auf Grund der vom Zwölferausschuß gefaßten Entschlüsse angenommene Antrag bezüglich der Umsatzsteuer empfiehlt eine Reihe von Aenderungen. Der Antrag, Genossenschaften usw. unter bestimmten Bedingungen teilweise von der Umsatzsteuer zu befreien, wurde abgelehnt.

Zehn Jahre Weltkrieg

III. Ausbruch

sch. Drohende Kriegsgefahr! Mobil! Krieg! — Heute vor zehn Jahren . . .

Das Volk arbeitete im Schweiß. Das Bürgertum träumte den schönsten Sommertraum seit 1911. Das Land erglühte am Tage, erkühlte zur Nacht, ernteträchtig. Da ballt sich Gewölk. Dunkel. Schwarz. Noch zögert sich's hin. Aber schon zerreißt der Strahl das Dunkel, und im Grellicht des Blitzes, von Donner umtost, jagt der gepanzerte Kriegsgott hoch zu Roß über Europa. Vier Länder stehen in Brand. Bis ins fernste Dorf zittert es durch den Draht, trägt der niegesehene reitende Bote die Nachricht.

Bismarck hatte es prophezeit: In diesem Augenblick wird ganz Deutschland von Norden bis Süden im Zorn wie eine Pulvermine aufbrennen. Und es geschah! Ein irrsäliges, ein tragisches Schauspiel erfüllte die ersten Wochen. War die Stunde des Bürgertums gekommen? Es glaubte daran. Jahrzehnte hindurch hatte es sich, nicht selten mit dumpfem Widerstreben, unterworfen; nun war Unterwerfung, war Mittun, war Gehorsam und Zusammenschluß das wahrhaftige Gebot reinsten Pflichtbewußtseins. Gehorsam? Mehr! Viel mehr! Begeisterung und Jubel erfüllte die Herzen. Alter Hader wurde begraben, letzte Widerstandslust abgetan. Kleinlichkeit sank zu Boden, Edelmut und Großzügigkeit traten im privaten wie im öffentlichen Leben hervor. Jahrelang verhinderte Verlöbnisse wurden endlich gutgeheißen; unter dem wohlwollenden Auge gestern noch grollender Mütter und Väter wandelten rasch vereinte Paare über die Straßen der Heimat. Der Knabe wurde über Nacht zum Jüngling; der Jüngling zum bewaffneten Mann. Schulnöte zerstoben im Eisenklang der Zeit. Opfer an Leib und Gut brachten Millionen mit bebendem Herzen. Geliehenes wurde geschenkt oder gestundet. Prozesse lösten sich in Freundschaften. Altes Unrecht wurde, Tränen im Auge, vergeben und vergessen. Die Straßen füllten sich im Augenblick mit dem Lied des Landes. Der Rhein, Deutschlands grüner Strom, hörte Treuschwüre aus Hunderttausenden von Kehlen. Ehen wuchsen neu zusammen, Väter und Söhne einten sich männlich. Wilhelm II. erklärte: „Ich kenne keine Parteien mehr."

Und warum das alles? Wieso? Das Bürgertum glaubte aufs Wort, sein Vaterland sei heimtückisch überfallen. Nie ist Begeisterung begreiflicher gewesen. Wer, wie ich, nicht eine Sekunde daran teilhatte und befremdet den Rausch sah und hörte, darf es um so sicherer bezeugen.

Ein zweites Wunder gesellte sich zu dem einen: das Proletariat erhob sich neben, mit dem Bürgertum. Das sozialistische Proletariat, kühl bis ans Herz hinein, aber unter dem Zwang eines ungeheuren Schicksals. Nach dreißigjähriger Spannung, ob es sich etwa im Kriegsfalle versagen werde, stand es gelassen auf für das Land. Die Eil- und Leichtfertigkeit der Regierungen hatte der Internationale nicht Zeit gelassen, ihre Macht zu entfalten. Ein Zurück gab es nicht. In Ost und West donnerten die Regimenter, die Geschütze, die Energien heran. Man wußte, was es heißen würde: Russen in Berlin! Franzosen in Magdeburg! Das durfte nicht sein. Die Heimat forderte den Mann. Der klirrende Riesenapparat der mobilen Eisenbahn rollte ungehemmt hemmungslos die Hunderttausende der Grenze zu, entfaltete die ungeheuren Armaturen und Organisationen, die jahrelang vorbereitet waren. Und der Prolet, der „vaterlandslose Geselle" fehlte nicht. War der Krieg Unrecht, so mochten die Politiker daheim die Sache des Rechts gegen Kaiser und Kanzler, für die zermarterte Erdenbewohnerschaft aufnehmen; das Volk aber mußte kämpfen. Ein Frank selbst ergriff die Waffe.

Das Volk! Plötzlich gab es ein deutsches Volk. Bürger und Bauer, Arbeits- und Edelmann — ein Volk. Bekämpften Franzosen, Russen, Engländer etwa die Reichsverfassung? die Reichsregierung? den Kaiser? das Junkertum? Nein: Deutschland und das deutsche Volk. Moderner Krieg ist nicht führbar ohne die Entfesselung uralten Volkswahns, uralter Leidenschaft: Volk wider Volk! Am Leben waren alle bedroht: alle wehrten sich ihres Lebens.

Das Erlebnis war echt. Es war nicht berechtigt. Bis in seine Wurzeln hinein war es verwoben mit Lüge und Leichtfertigkeit. Es erblühte als reine Blume auf dem Boden des Wahns und der Irrung. Im Hochjubel der Vaterlandsliebe erntete das Bürgertum die erste Frucht jahrzehntelanger Unterwürfigkeit. Denn es war betrogen! Gewöhnt an untertänigen Glauben an alles, was von „oben" herabscholl, nahm es die erkünstelten Phrasen einer plumpen und unfähigen Regierung besinnungslos für bares Gold. Wer den wahren Zusammenhang kannte, sah mit Schaudern sein eigenes Volk in den blutigen Abgrund tanzen. Leichenberge würden sich zu Gebirgsmassen häufen, Elend würde Millionen bis ins Mark erkrallen, Menschlichkeit und Kultur würden zerstampft werden wie niemals noch auf Erden — und Deutschland sang? Es jubelte?? Irrsinn des Irrsinns. Meine Eltern und Verwandten schrieben mir feierlich-liebevolle Briefe: ich habe nie darauf geantwortet, denn was darin stand, war ahnungsloses Irrsal. Bekannte auf der Straße stammelten einen berauscht und augenstrahlend an: Tollheit. Die Zeitungen donnerten Zeitgemäßes: Verruchtheit.

Und das Uebel zeugte fort. Dreiundneunzig Hochschullehrer, Deutschlands beste darunter, erließen ein Manifest an die Welt: Deutschland ist schuldlos, sein der Sieg. Sie wußten

Dänischer Wirtschaftsbrief

Von unserm dänischen Korrespondenten.

Kopenhagen, Ende Juli.

Die Sommerruhe in Dänemark ist durch die Vorgänge auf dem Geldmarkt erheblich gestört worden. Der Valutafall vor zwei Wochen war ein ernstes Signal; kleine Schreckschüsse in Form von Bank- und Unternehmungsliquidationen gingen ihm voran. Das Ministerium Stauning schlief aber nicht, sondern griff zu Valutastützungsmaßnahmen, soweit das administrativ möglich war, und tat noch ein Uebriges, indem es einen „Valutarat" berief. Sämtliche Parteien, sämtliche Erwerbsstände, von den Banken bis zu den Gewerkschaften, sind in ihm durch Delegierte zusammengetreten, um unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, Genossen Stauning, selbst Wege und Mittel zur Gesundung des dänischen staatlichen und privaten Finanzwesens zu finden. Aber in der gleichen Zeit, wo Stauning in ernster und besorgter Rede an den Valutarat appellierte, sachlich und nur das Allgemeinwohl vor Augen zu raten und zu taten, wurde die Kopenhagener Börse durch die Zahlungseinstellung einer der größten dänischen Banken, der „Revisions- und Diskontobank", aufs neue erschüttert!

Die Krise wütet! — Das ist aber das Unheimliche und zugleich Abschwächende der dänischen Krise, daß sie ihren Herd nur im Finanzkapital hat. Die letzten Krachs selbst sind immer noch Folgen des rasenden Kriegs- und Spekulationsfiebers. Man staunt, der Kopf wirbelt einem, wenn man erfährt, mit welcher Leichtgläubigkeit und ohne Ueberlegung die gesellschaftlich so stark blauweißrot getünchten Finanzkreise Kopenhagens auf eine Rekonstruktion Rußlands mit westeuropäischer, besonders französischer und amerikanischer Hilfe darauf los spekuliert haben. Während der dänische Bauer, solid und sachlich, sein Genossenschaftswesen aufbaute, das ihn zum Rückgrat der dänischen Wirtschaft gemacht hat, während der dänische Schiffbau durch Ausbau des Dieselmotors sich vermehrte Absatzmöglichkeit schuf, ließ sich das dänische Finanzkapital von geriebenen Neuyorker und Pariser Börsenleuten zu kühnen und kühnsten Träumen verleiten, gebaut auf dem schwankenden Grund eines haltlosen Phantoms von einer Handels- und Schiffahrtszentrale Kopenhagen, die den gesamten Nord- und Ostseehandel sammeln sollte.

Es war ein Unglück für Dänemark, daß dieses spekulierende und sich verspekulierende Finanzkapital in der Nachkriegszeit seine Männer in der Regierung hatte. Zu spät hat der Unwille des Volkes diese Regierung hinweggefegt und die Linke, die Vertreter der Arbeiterschaft und die Vertreter der Kleinbauern und der Industrie, zur Ausbesserung der Schäden aufgerufen. Aber die in ruhigen Zeiten vielleicht gute Tendenz der dänischen Verfassung, möglichste Stetigkeit in die Politik zu bringen, läßt den Regierungsparteien von gestern noch genügend Macht und Einfluß, die Maßnahmen der Arbeiterregierung zu hemmen und zu lähmen.

So geht es auf Biegen oder Brechen! Der neue Valutarat ist wohl die letzte Brücke, die das Ministerium Stauning der Opposition zur Rückkehr auf die Bahn des Allgemeinwohls und der Vernunft baute. Das Zugeständnis einer neuen Hilfsanleihe im Ausland wird die Arbeiterregierung den Finanzkreisen machen, wenn diese die Staatsaufsicht, Verschärfung der Börsen- und Aktiengesellschaftsgesetze, staatliche Verfügung über die Anleihe, Importregulierung u. a. zugestehen. Der Finanzminister, Genosse Brammaes, arbeitet die notwendige Budget- und Steuerreform aus, der Verteidigungsminister Rasmussen einen Abrüstungsplan mit einer Ersparnis von 20 bis 25 Millionen, der Verkehrsminister Friies Skotte eine kaufmännische Fassung des Staatsbahnenbudgets usw.

Das sozialdemokratische Ministerium schläft nicht. Es hat Ziel und Weg und wird an den Herbstreichstag mit seinen Vorschlägen herantreten. Zeigt sich dann noch der Egoismus der Opposition ungebrochen, dann wird ein erneuter Appell an das dänische Volk unvermeidlich sein.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240730/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG